



Dachverband Entwicklungspolitik  
Baden-Württemberg e.V.



Stiftung Entwicklungs-  
Zusammenarbeit  
Baden-Württemberg

DEAB e.V.  
Dachverband Entwicklungspolitik BW  
Vogelsangstr. 62  
70197 Stuttgart

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit  
Baden-Württemberg  
Werastraße 24  
70182 Stuttgart

An  
Herrn Innenminister Thomas Strobl  
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg  
Willy-Brandt-Straße 41  
70173 Stuttgart

Stuttgart, den 24.05.23

**Offener Brief Entwicklungspolitischer Partnerorganisationen zu einem gewaltvollen Polizei-Einsatz am 27.04.2023 in Mannheim-Käfertal**

Sehr geehrter Herr Minister,

der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB e.V.) vertritt als Landesnetzwerk mehr als 400 zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für mehr globale Verantwortung engagieren. Die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) fördert Partnerschaften zwischen Menschen in Baden-Württemberg und in Ländern des sogenannten globalen Südens, macht Bildungsarbeit und setzt sich dafür ein, dass Menschen in Baden-Württemberg für die globalen Zusammenhänge ihres Handelns sensibilisiert werden. Die Zusammenarbeit mit internationalen Partnerorganisationen gehört zu den zentralen Arbeitsfeldern unserer beiden Organisationen und ist wesentlicher Bestandteil der sehr aktiven entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg. Vor diesem Hintergrund möchten wir uns bezüglich eines Polizei-Einsatzes an Sie wenden, der sich am 27.04.2023 in Mannheim ereignet hat und bei dem vier Schwarze Jugendliche, die Teilnehmer eines internationalen Jugendaustausches waren, betroffen waren. Mit unserem Brief möchten wir auf die Themenfelder hinweisen, die wir in der bisherigen Aufarbeitung des Polizei-Einsatzes vermissen.

Zunächst begrüßen wir, dass das Land Baden-Württemberg sich 2013 mit den durch den Landtag verabschiedeten entwicklungspolitischen Leitlinien klar zu einer internationalen partnerschaftlichen Zusammenarbeit in kooperativer Vielfalt bekannt hat.

Dort heißt es unter anderem:

*„Die Vielfalt der entwicklungspolitischen Partnerschaftsbeziehungen ist eine wesentliche Ressource für die Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg. Partnerschaftsbeziehungen haben eine doppelte Wirkung: Sowohl die Menschen im Partnerland als auch die Menschen in Baden-Württemberg profitieren vom Austausch und den Begegnungen, der gegenseitigen Verantwortung und der Motivation, die sich in jeder Partnerschaft ergeben. Voraussetzung ist, dass die Partnerschaften auf Augenhöhe und unter Wahrung der beiderseitigen Interessen und Bedürfnisse gestaltet werden.“  
(Entwicklungspolitische Leitlinien, S. 10)*

*„Ziel der Landesregierung ist eine Gesellschaft der kooperativen Vielfalt, die eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer jeweiligen geographischen, sozialen oder ethnischen Herkunft ermöglicht. Dazu besteht jedoch konkreter Handlungsbedarf.“ (Entwicklungspolitische Leitlinien, S. 7)*

Voraussetzung für eine gelingende Zusammenarbeit ist aus unserer Sicht ein respektvoller und wertschätzender Umgang mit unseren Projektpartner\*innen aus dem Globalen Süden. Das Thema Rassismus spielt dabei eine zentrale Rolle.

Hierzu hat sich die Landesregierung bereits in ihrem Koalitionsvertrag klar positioniert. Dort heißt es:

*„Wir gehen entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und jede Art von Hasskriminalität und Hatespeech vor.“ (Koalitionsvertrag Jetzt für morgen, S. 68)*

*„Mit einem ‚Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung‘ werden wir ein gleichberechtigtes und diskriminierungsfreies Miteinander im Land stärken. Wir wollen einen (nachhaltigen) Wandel auf verschiedenen Ebenen gestalten. Das Ziel einer diskriminierungsfreien Gesellschaft können wir nur erreichen, wenn ein landesweit koordiniertes Vorgehen und das zivilgesellschaftliche Engagement Hand in Hand gehen. [...] Wir werden die Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit intensivieren und ein positives Bild von Diversität und verschiedenen Lebensentwürfen vermitteln.“ (Koalitionsvertrag Jetzt für morgen, S. 87)*

*„Klimagerechtigkeit, Rassismus und Dekolonisierung der Partnerschaften mit dem afrikanischen Kontinent müssen zentrale Themen in Wissenschaft und Bildung werden. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe und Klimagerechtigkeit bedeuten, koloniale Kontinuitäten in unserer Lebens- und Wirtschaftsweise zu erkennen und Lösungen für die daraus resultierenden Abhängigkeiten zu entwickeln. Rassismus sowie antirassistische Bewusstseinsbildung müssen daher als Themenbereiche in der Bildungsarbeit verankert werden.“ ([Expert:innenpapier des Rats für Entwicklungszusammenarbeit 2020](#), S. 6)*

Heute wenden wir uns gezielt an Sie vor dem Hintergrund eines gewaltvollen Übergriffs der Polizei, von dem Projektpartner aus Westafrika unmittelbar betroffen waren. Aus unserer langjährigen Arbeit wissen wir, dass solche Ereignisse leider keine Einzelfälle sind und Rassismus stets in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu betrachten ist. Der aktuelle Fall zeigt strukturelle Probleme auf, die nur durch ressortübergreifende Anstrengungen adressiert werden können. Zugleich sehen wir Sie und das Ministerium des Inneren in diesem Fall in einer besonderen Verantwortung, diesen polizeilichen Übergriff lückenlos aufzuarbeiten und die zugrundeliegenden Probleme anzugehen.

Der nun folgende Fall steht exemplarisch für andere Fälle, die nicht an die Öffentlichkeit gelangen:

Am 27.04.23 haben in der Stadt Mannheim Projektpartner aus einem internationalen Projekt zum Thema Klimaschutz und Klimawandel eine entwürdigende Polizeikontrolle erlebt – die engagierten jungen Klima-Aktivisten aus Westafrika wurden als Unschuldige und Unbeteiligte in einen Einsatz des Sondereinsatzkommandos (SEK) verwickelt, der nicht ihnen galt. Als Projektbeteiligte der Black Academy waren sie in die Stadt Mannheim eingeladen und in einer Wohnung als Gäste untergebracht. Die betreffenden Räumlichkeiten waren bereits seit anderthalb Jahren durch den Verein angemietet. Zu unserer tiefen Bestürzung erfuhren die unschuldigen Jugendlichen eine für sie sehr entwürdigende Behandlung im Rahmen des SEK-Einsatzes. Nachdem ihre Wohnung durch das SEK in aller Frühe gestürmt wurde, wurden sie rund zwei Stunden festgehalten. Ohne wettergemäße Bekleidung mussten sie – zeitweise auch gefesselt – draußen unter den Blicken der Öffentlichkeit ausharren. Neben den starken psychischen Schäden erlitten Einzelne auch leichte körperliche Verletzungen. Die irrtümliche, gewaltvolle Festnahme war für die Jugendlichen so folgenschwer, dass sie letztendlich ihre an dem Tag geplante

Veranstaltung im Stadthaus Mannheim nicht wie vorgesehen durchführen konnten. Sie haben mittlerweile Deutschland schockiert und traumatisiert verlassen. Eine öffentliche Aufarbeitung oder Entschuldigung durch die für den Einsatz verantwortlichen Akteure hat bisher nicht stattgefunden. Im Gegenteil kam es im Nachgang durch die Polizei zu unzureichenden Darstellungen, die den Vorfall verharmlosen, die Unschuld der Betroffenen nicht klar hervorheben und sich erheblich von dem Erleben der Betroffenen unterscheiden.

Diese für die jungen Klima-Aktivist\*innen, die nur drei Wochen in Deutschland waren, sehr demütigende und rassistische Erfahrung nehmen wir zum Anlass, Sie auf einige strukturelle Problemlagen aufmerksam zu machen, die derzeit leider eine gleichberechtigte Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit unseren Projektpartner\*innen erschweren und teilweise sogar unmöglich machen:

- Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, dass sich auch in den Polizeistrukturen widerspiegelt – mit besonders schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen, so beispielsweise durch Racial Profiling. Zudem zeigte sich im aktuellen Fall in Mannheim, dass für die Betroffenen keine ausreichende Transparenz dazu geschaffen wurde, warum sie auf eine so unverhältnismäßige Art festgehalten wurden.
- Im Koalitionsvertrag wurde ein landesweit koordiniertes Vorgehen für ein gleichberechtigtes und diskriminierungsfreies Baden-Württemberg angekündigt. Derzeit beobachten wir nach wie vor eine mangelnde Qualifizierung staatlicher Stellen für eine diskriminierungssensible Arbeit und ein fehlendes Bewusstsein für Fragen des strukturellen Rassismus in unserer Gesellschaft. Auch die Betroffenen des Einsatzes vom 27.04. haben von zahlreichen rassistischen Erfahrungen jenseits der angesprochenen Polizeikontrolle während ihres kurzen Aufenthalts in Baden-Württemberg berichtet.
- Häufig beginnen die Probleme für unsere Projektpartner\*innen bereits vor der Einreise mit der Beantragung der Visa: Trotz gemeinsamer Veranstaltungsplanung und offizieller Einladung sorgt die sehr restriktive Vergabe von Visa dafür, dass Projektpartner\*innen ihre Expertise nicht in Baden-Württemberg teilen können – dies gilt insbesondere auch für Gäste aus dem Partnerland Baden-Württembergs Burundi. Ein gleichberechtigter Austausch ist nicht möglich, wenn deutsche Gäste in der Regel problemlos in Partnerländer einreisen können, aber umgekehrt Projektpartner\*innen, die nach Deutschland und Baden-Württemberg einreisen wollen, mit größtem Misstrauen begegnet wird. Konkret sorgen sich derzeit z.B. die hier im Brief beschriebenen Gäste aus Westafrika darum, dass sie bei künftigen Visabeantragungen mit zusätzlichen Problemen rechnen müssen, nachdem sie in oben geschilderten Polizei-Einsatz geraten sind.

**Ausgehend von den geschilderten Vorfällen und den sich daraus ableitenden strukturellen Herausforderungen, wenden wir uns mit folgenden Forderungen an Sie:**

- Wir bitten Sie bezüglich der Vorfälle in Mannheim um eine offizielle Stellungnahme, die die Unschuld der Betroffenen klarstellt, und eine Entschuldigung der Polizei für die unangemessene und rassistische Vorgehensweise sowie Akteneinsicht für die Betroffenen.
- Wir fordern die lückenlose Aufklärung des genauen Hergangs der Polizeikontrolle in Mannheim und die Beantwortung offener Fragen, die für uns auch nach der Stellungnahme der Polizei im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung der Stadt Mannheim nicht geklärt sind: Warum mussten die unschuldigen Gäste auf offener Straße, gefesselt, ausharren und konnten nicht angemessen bekleidet in einem Wagen den Einsatz abwarten? Wieso wurden sie derart gefesselt, dass dabei einzelne verletzt wurden? Warum wurde nicht schneller geklärt, dass die jungen Menschen völlig unbeteiligt an den vermuteten Kriminaldelikten waren? Warum wurde ihnen eine Kontaktaufnahme zu ihrer Projektleitung zur Aufklärung der Situation verweigert?

- Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung der Betroffenen-Perspektive in politischen Entscheidungsprozessen rund um die Themen Rassismus und Antidiskriminierung. Die Perspektiven der Betroffenen nicht einzubeziehen beschädigt eine vertrauensvolle Partnerschaftsarbeit. Es braucht strukturelle Veränderungen, damit internationale Partner\*innen gerne und ohne Angst zu Gast in Baden-Württemberg sind, dazu müssen ihre Anliegen gehört werden.
- Bei der Vergabe finanzieller Mittel des Landes sollten Projekte aus den Bereichen Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung stärker berücksichtigt werden.
- Im Zuge des „Landesaktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung“ bitten wir um strukturelle Maßnahmen, um Rassismen im Polizei-Apparat abzubauen, z.B. durch die Aufnahme anti-rassistischer Bildungsprogramme als verpflichtenden Bestandteil der Ausbildung von Polizeikräften und weiteren staatlichen Akteuren.
- Die Einreise für Aktive in internationalen Projekten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit muss erleichtert werden, so dass offiziell geladene Gäste an Veranstaltungen und Projekten in Baden-Württemberg beteiligt werden können. Wir bitten die Landesregierung Baden-Württembergs sich hier auch auf Bundesebene für Reformen einzusetzen.

Bereits seit vielen Jahrzehnten arbeiten wir vertrauensvoll mit der Landesverwaltung Baden-Württemberg, den Kommunalverwaltungen und politischen Vertreter\*innen des Landes und der Kommunen zusammen und stärken das zivilgesellschaftliche Engagement für globale Verantwortung und eine zukunftsfähige Entwicklung in Baden-Württemberg. Dabei ist uns der Austausch mit Ministerien und Politik wichtig. Deshalb bitten wir Sie darum, zu den gestellten Fragen und Forderungen Position zu beziehen und möchten gerne einen weiteren Austausch anbieten.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Radeke  
Geschäftsführerin  
Dachverband Entwicklungspolitik BW



Philipp Keil  
Geschäftsführer  
Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-  
Württemberg